

Es gilt das gesprochene Wort!

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Die Regierende Bürgermeisterin von Berlin, Franziska Giffey, hat am 22.05.2022 anlässlich der Eröffnung der Berliner Woche der Brüderlichkeit in Berlin die folgende Rede gehalten. Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin dokumentiert den Wortlaut der Rede auf Grundlage des Manuskripts:

Ich freue mich sehr, heute bei Ihnen zu sein und zu diesem schönen Anlass zu Ihnen zu sprechen. Zu dem Beginn der 70. Berliner Woche der Brüderlichkeit und damit zum runden Jubiläum einer Woche, die seit 1952 den Gedanken der Versöhnung in sich trägt.

Ich freue mich, diesen schönen Anlass gemeinsam mit Ihnen hier in der wunderbaren Synagoge Pestalozzistraße zu feiern, deren Wandmalereien so schön erstrahlen. Es ist ein Ort, der uns von der langen Geschichte christlich-jüdischer Kultur und auch ihrer Brüche erzählt und zugleich Ausdruck der Religionsvielfalt heute ist.

Der Ort könnte für den Freudentag heute also wohl kaum passender gewählt sein und ich möchte Ihnen dazu meinen herzlichen Glückwunsch sowie den des gesamten Berliner Senats überbringen. 70 Jahre Berliner Woche der Brüderlichkeit, das ist fürwahr ein Anlass zum Feiern und auch dazu, einen kurzen Rückblick zu nehmen.

Brüderlichkeit – das ist ein Begriff, der tief in unserer Menschheitsgeschichte verankert ist. Mit ihm verbinden sich religiös und weltlich geprägte Deutungen, wie Nächstenliebe, Friedfertigkeit, Toleranz und Solidarität. Es sind Begriffe, die viele von uns in diesen Wochen ganz besonders im Bewusstsein und auch im Herzen tragen. In diesen Wochen des Krieges in der Ukraine, der so viel Zerstörung, Leid und Verzweiflung herbeiführt. Der Millionen Menschen zur Flucht zwingt, verbunden mit dem Blick in eine ungewisse Zukunft.

Es ist kaum möglich, diese Gegenwart nicht miteinzubeziehen, wenn wir gemeinsam auf diesen schönen Jubiläumsanlass und in seine Geschichte blicken. Gestatten Sie mir daher einige Gedanken dazu.

Ich höre in meinen Gesprächen mit Geflüchteten aus der Ukraine sehr oft die Frage: Wie kann es sein, dass Russen auf Ukrainer, dass Brüder auf Brüder schießen? Was treibt die Menschen, die wir gestern noch als unsere Geschwister und Freunde sahen an, so etwas Grausames zu tun?

In diesen Fragen kommen das große Unverständnis, die große Bestürzung und auch die große Trauer zum Ausdruck - über den Verlust alter Gewissheiten, über das verlorene Vertrauen und die zurückbleibende Ratlosigkeit. Manchmal fügen sie noch einen weiteren Satz hinzu: Was soll nun nach dem Krieg mit uns werden? Wie sollen wir und kommende Generationen jemals wieder miteinander leben können?

Diese Fragen, die wir heute noch nicht beantworten können, führen uns aus der Gegenwart in die Vergangenheit und zum Anlass unserer heutigen Feierstunde.

Als 1945 endlich die Waffen schwiegen und das ganze Ausmaß der Gräueltaten von Völkermord und Zweitem Weltkrieg für alle offen zutage traten, da schien es kaum vorstellbar, dass Juden und Christen im Land der Täter je wieder miteinander leben können würden.

Und ohne die im Rahmen des US-amerikanischen Re-Education Programms auch hier in Berlin gegründete Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit wäre eine Wiederannäherung vermutlich nicht so schnell in Angriff genommen worden. Und auch nicht ohne deren kluge Köpfe, die schon damals die damit verbundenen Chancen erkannten.

In ihnen keimte schon früh eine Hoffnung, für die viele andere Anfang der Fünfzigerjahre überhaupt keinen Anlass sahen. Auch nicht hier in Berlin.

Nicht nur, dass es vielen unvorstellbar schien, dass überlebende Jüdinnen und Juden wieder in das Land der Täter zurückkehren oder gar wieder zur Zusammenarbeit mit Deutschen bereit sein würden. Vielmehr gab auch das Klima im Land kaum Grund zur Hoffnung auf den Willen der Deutschen zu einer aufrichtigen Auseinandersetzung mit Schuld und Verantwortung. So wurden noch in der Nachkriegszeit jüdische Friedhöfe, bis 1950 fast 200 an der Zahl, geschändet.¹ Und in einer Umfrage von 1953 waren 48% der Befragten der Meinung, dass es besser sei, wenn es keine Juden in Deutschland mehr gäbe und ein Drittel stand an dieser Frage ganz gleichgültig gegenüber.²

Dass Überlebende der Shoa trotzdem bereit waren, deutschen Christen in den Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit die Hand zu reichen, erfüllt uns auch heute noch mit tiefer Demut und Dankbarkeit. Charlotte Knobloch hat in ihrem Buchbeitrag zur 60. Woche der

¹ Josef Foschepoth, Die Gründung der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Deutschland, in: Fünfzig Jahre im Gespräch, hg. von der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin e.V., Berlin 1999, S. 39.

² Martin Stöhr, Von der Notwendigkeit und Schwierigkeit einer Woche der Brüderlichkeit, in: „...damit es anders anfängt zwischen uns allen.“, hg. von Rudolf W. Sirsch und Christoph Münz, 2013, S. 26.

Brüderlichkeit von einer „bemerkenswerten Kumulation aus Hoffnung, Mut und Überwindung“³ gesprochen, der es bedurfte, um die Zukunft der Gesellschaft in die Hand zu nehmen.

In Berlin, in der Stadt, in der die Vernichtung der europäischen Juden geplant und administriert wurde, in der sich die Schalt- und Machtzentrale der Vernichtungsmaschinerie befunden hatte, erforderte die Bereitschaft zum Dialog einen noch größeren Kraftakt. Wie schmerzhaft die Konfrontation gewesen sein muss, das können wir uns heute kaum vorstellen. Und trotzdem nahmen Jüdinnen und Juden es auf sich, sich für ein Aufeinanderzugehen zu öffnen.

Ich bin den von Mut, Zuversicht und auch Zielstrebigkeit getragenen Gründungsmüttern und -vätern der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin zutiefst dankbar, dass sie aller Widerstände zum Trotz an ihre Ziele glaubten und an ihrem Vorhaben festhielten.

Mit der Gründung der Berliner Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit am 24. November 1949 brachten sie einen Stein ins Rollen, der noch immer nicht zum Stehen gekommen ist. Auch war es ihr Verdienst, dass nur wenige Jahre später die Premiere der Berliner Woche der Brüderlichkeit am 4. Mai 1952 im West-Berliner Rathaus Schöneberg stattfinden konnte, deren Jubiläum wir heute feiern.

Sigmund Weltlinger, Heinrich Vockel, Edwin Redslob und Joachim Tiburtius und weitere Unterstützer pflanzten damals einen Samen des Neubeginns, der aufkeimte und in der Folge Jahr für Jahr neue Früchte der Verständigung hervorbrachte. Über Jahrzehnte ist dabei ein festes Wurzelwerk, ein starkes Fundament christlich-jüdischer Zusammenarbeit entstanden.

Vertrauen gewinnen und zum Vertrauen bereit sein – dieser Leitgedanke des Dialogs hat sich auch durch die weitere Geschichte der Woche der Brüderlichkeit getragen.

Dass nach und nach auch jüdisches Leben wieder nach Deutschland und auch nach Berlin zurückkehrte, mutet auch heute noch wie ein Wunder an und erfüllt uns mit tiefer Dankbarkeit und Freude.

Das Vertrauen ist über die Jahre gewachsen und Basis unseres heutigen christlich-jüdischen Zusammenlebens geworden. Es ist getragen von dem Bestreben, es immer wieder wechselseitig zu erneuern. Der Einsatz gegen Antisemitismus, gegen Fremdenfeindlichkeit und Hass ist dabei längst zu einem gemeinsamen Auftrag geworden. Auch die Wochen der Brüderlichkeit tragen dieses Selbstverständnis in sich.

³ Charlotte Knobloch, 60 Jahre Woche der Brüderlichkeit. Eine jüdische Perspektive, in: ebd., S. 50.

Wir wissen, wie wichtig dieser Einsatz ist und auch wie vielschichtig. Und auch, dass der Kampf gegen Antisemitismus allein durch Strafverfolgung nicht zu gewinnen ist. Es braucht vielmehr ein gesellschaftliches Klima, in dem die Werte der Demokratie und Freiheit, Vielfalt und Offenheit, des Zusammenhalts und wechselseitigen Respekts zu den Grundfesten gehören. Ebenso das gemeinsame Selbstverständnis, sich mit aller Kraft gegen Unrecht und Inhumanität zu wenden.

Der Schriftsteller und Shoa-Überlebende Elie Wiesel hat einmal davon gesprochen, dass ein wichtiger Schlüssel gegen das Unrecht in dem Kampf gegen die Gleichgültigkeit liege. Nicht Hass sei das Gegenteil von Liebe, sondern die Gleichgültigkeit.⁴ Und er zeigte damit auf, dass es immer in der Hand des Einzelnen liegt, sich gegen das Unrecht gegenüber einem anderen zu erheben.

Aufklärung und Erinnerung, Begegnung und Dialog sowie eine aufrichtige Betrachtung der Wirklichkeit sind für diese gemeinsame Geisteshaltung unverzichtbare Quellen.

Die Wochen der Brüderlichkeit leisten dafür alljährlich einen wichtigen Beitrag. Sie greifen aktuelle Fragen auf, setzen Denkipulse und schaffen Raum für Begegnung und Austausch. Über die Jahrzehnte haben sie dabei unter vielen Überschriften gestanden, die immer Bezüge zur Gegenwart herstellten, um daraus Aufgaben für die Zukunft abzuleiten.

Immer schon war die Woche der Brüderlichkeit daher beides – eine Woche für Begegnung und Austausch und ein Auftrag, die Brüderlichkeit auch über die Feierwoche hinaus in unser tägliches christlich-jüdisches Zusammenleben hineinzutragen. Seit inzwischen sieben Jahrzehnten ist sie fester Bestandteil unseres kulturellen Lebens. Und spiegelt damit auch die Entwicklungen unserer Gesellschaft.

Längst hat sich der christlich-jüdische Dialog daher folgerichtig erweitert. Ich begrüße es sehr, dass Sie auch die muslimischen Gemeinschaften in den Dialog der Wochen der Brüderlichkeit mit einbinden.

Und ich weiß, Sie führen auch Diskussionen, ob „Brüderlichkeit“ als Begriff heute noch ausreicht oder ob nicht die „Geschwisterlichkeit“ die viel passendere Bezeichnung für einen religiösen Austausch wäre, der längst von Menschen aller Geschlechter getragen wird. Darüber hinaus haben viele säkulare Fragestellungen Eingang in Ihre Diskussionen gefunden.

⁴ Elie Wiesel, Erinnerung gegen die Gleichgültigkeit, in: Erinnerung als Gegenwart, Elie Wiesel in Loccum, hg. von Olaf Schwencke, Freiburg 1987, S. 157.

Diese Diskussionen zeigen, wie auch Sie sich immer wieder neu auf den Weg machen, um Gegenwart zu reflektieren und damit Zukunft in den Dialog einzubinden.

Auch in der Erinnerungskultur ist längst eine Debatte entbrannt, wie Erinnerung nicht in erstarrte Ritualisierung abgeleitet und kommenden Generationen, die ohne Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu einer Auseinandersetzung mit Geschichte finden müssen, Raum und Anregung für ganz eigene Geschichtsreflexionen bietet.

Bezüge zum konkreten Leben bilden dabei eine wichtige Brücke. Mit ihrem diesjährigen Motto „Fair Play – jeder Mensch zählt“ gelingt Ihnen diese Verbindung zum Hier und Jetzt - wie schon so oft – in hervorragender Weise. Sie rücken damit einen wichtigen Teil unseres gesellschaftlichen Lebens in den Blickpunkt, den wir von Kind auf mit den Werten der Fairness und des Teamgeistes verbinden.

Tatsächlich ist der Sport das Spielfeld, auf dem nicht nur grandiose Mannschaftsleistungen, sondern auch unfaires Verhalten sofort erkennbar werden. Letzteres erntet nicht nur die Pfiffe des Publikums, sondern auch mitunter folgenreiche Strafen, wie einen Elf-Meter, der möglicherweise den Sieg der anderen Mannschaft herbeiführt. Der Zusammenhang von unfairm Verhalten und Misserfolg lässt sich für die Betrachter also in vielen Fällen ebenso schnell erkennen, wie der zwischen Teamgeist, dem gemeinsamen Kampf und einer erfolgreichen Mannschaftsleistung.

Gemeinschaft und Fair Play sind also ein Erfolgsrezept, um den Pokal nach Hause zu holen. Das alles lernen Kinder und Jugendliche auf den Sportplätzen unserer Stadt sehr schnell und vor allen Dingen ohne größere Anstrengung.

Und sie lernen auch, dass es dabei nicht wichtig ist, wo du herkommst, welche Farbe deine Haut hat oder an welchen Gott du glaubst.

Sport kann also Grenzen überwinden, Vorurteile abbauen und das Wesentliche in den Blickpunkt rücken: Wenn wir zusammenhalten und gemeinsame Regeln beachten, gewinnen wir alle. Und nicht nur in sportlichen Disziplinen ist das richtungsleitend.

Die Verständigung auf gemeinsame Regeln des Zusammenlebens sind das Fundament unseres gesamten Gemeinwesens. In Deutschland definiert das Grundgesetz unseren gemeinsamen wertorientierten Rahmen, in der Europäischen Union ist es die Charta der

Grundrechte, bei der UN die UN-Menschenrechtskonvention. Auch im kleineren Rahmen definieren wir gemeinsam Regeln des Zusammenlebens, selbst im Kleingartenverein um die Ecke.

Diese geschriebenen Regeln müssen jedoch mit den ungeschriebenen einhergehen. Ich meine damit die der persönlichen Überzeugung oder man könnte auch sagen, die des Herzens, die den Willen zur Verständigung mit den Mitmenschen in sich tragen.

Damit beides einhergeht - die Einhaltung und Verinnerlichung von Regeln - ist es wichtig, dass wir Rahmen und Werte unseres Zusammenlebens immer wieder gemeinsam definieren.

Unsere Demokratie mit ihrer freiheitlichen Grundordnung bildet dafür den wohl geeignetsten Rahmen, Dialog und Austausch die beste Plattform. Zugleich liegt in diesem demokratischen Verständigungsprozess eine große Herausforderung. Soll er die Mehrheit der Gesellschaft einbinden, müssen beachtliche Anstrengungen unternommen werden, um dem reinen Konsum von Demokratie entgegenzuwirken.

Die Güte unserer Demokratie ist also - um im Bild des Sports zu bleiben – eine Mannschaftsleistung. Wir alle haben Anteil daran, wie es um sie bestellt ist und tragen dafür Verantwortung. Jeder Mensch zählt dabei, wie Sie es in Ihrem Motto auch sagen.

Politik trägt die Verantwortung dafür, diesen demokratischen Dialog immer wieder neu zu beleben und die Teilhabe der Menschen zu fördern. Indem sie selbst dafür eine Plattform bietet, wie zum Beispiel durch die politischen Stiftungen oder andere Initiativen und Demokratieprojekte unterstützt, sichert und voranbringt.

Die Thematisierung, Aufklärung und Bekämpfung von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ist dabei von zentraler Bedeutung. Der Berliner Senat versteht das als einen Kern seiner Arbeit.

Erst vor wenigen Monaten haben wir im Senat den ersten Umsetzungsbericht zur Antisemitismusprävention beschlossen, dessen Herzstück die intensive Zusammenarbeit aller Verwaltungen gemeinsam mit jüdischen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ist. Viele Projekte und Maßnahmen sind dort beschrieben und viel haben wir uns weiter vorgenommen, um die Antisemitismusprävention weiter voranzubringen. Beispielhaft sei genannt, dass wir auch in den Bezirken hauptamtliche Stellen für Antisemitismusbeauftragte schaffen wollen.

Wir werden also unser Berliner Modell zur Antisemitismusbekämpfung weiterentwickeln und schätzen dabei insbesondere den intensiven Austausch mit Ihnen.

Wo Antisemitismusprävention jedoch versagt, wo Straftaten begangen werden, offen zum Judenhass aufgerufen und antisemitische Parolen verbreitet werden, wie bei den jährlichen Demonstrationen um den Al-Quds-Tag, da muss der Rechtsstaat durchgreifen, denn das ist ein Missbrauch unserer Freiheitsrechte. Deshalb hat der Senat im Februar das Berliner Versammlungsfreiheitsgesetz so geändert, dass das Demonstrationsrecht nicht länger missbraucht werden kann. Genauso müssen wir strafrechtlich konsequent durchgreifen, wo Jüdinnen und Juden verbal oder körperlich angegriffen werden. Da darf es kein Zögern geben.

Das ist Ausdruck unserer wehrhaften Demokratie. Antisemitismus ist nirgendwo zu akzeptieren und wer hier lebt, muss nicht nur unseren Rechtsrahmen, sondern auch unsere religiöse und kulturelle Offenheit und Vielfalt akzeptieren. Und dabei auch andere Überzeugungen und Meinungsverschiedenheiten tolerieren sowie Konflikte in einem respektvollen, freien und offenen Klima austragen. Der interreligiöse Austausch kann einen Grundstein dafür legen.

Die Wichtigkeit dieses Dialogs wollen wir auch mit dem House of One zum Ausdruck bringen. Es steht für die Vision eines friedlichen, interreligiösen Miteinanders in einer vielfältigen, freien und offenen Gesellschaft. Für einen einzigartigen Ort der Begegnung, der den Dialog der verschiedenen Religionen und Weltanschauungen in einem Haus vereint. Hier soll gelebt werden, was wir nicht nur in Berlin, sondern in der ganzen Welt brauchen: Offenheit, Dialog und Verständigung für eine friedlichere Welt. Als Vorsitzende des Kuratoriums ist es mir wichtig, dieses Haus tief in unserer Berliner Gesellschaft zu verankern.

Unsere Religionsvielfalt ist ein Spiegel unserer offenen, pluralistischen Gesellschaft. Sie zu erhalten, zu fördern und ihre Weiterentwicklung zu unterstützen, unser Auftrag.

Dabei werden wir alles in den Blick nehmen, was den religiösen Reichtum unserer Stadt ausmacht und das Gemeindeleben sichert. Ich freue mich, dazu mit Ihnen in einem engen Dialog zu bleiben.

Einander zuhören und einander verstehen wollen – das ist in allen Bereichen der Schlüssel für einen aufrichtigen Dialog. Diesen Dialog immer wieder neu anzustoßen, dem haben auch Sie sich verschrieben.

Ihr Jubiläum heute steht für ein 70-jähriges Engagement, das Stein für Stein eine feste Brücke des christlich-jüdischen Dialogs in unserer Stadt aufgebaut und etabliert hat. Ihr Glaube, Ihr Mut und Ihre Tatkraft haben vor 70 Jahren den ersten Stein für diese Brücke gelegt, die dank Ihres Einsatzes noch immer trägt.

Ihr Haus in der Laubenheimer Straße 19, auf einem Terrain, das eng mit der nationalsozialistischen Diktatur verwoben ist, ist ein Ort, an dem jeden Tag unermüdlich für die christlich-jüdische Verständigung und Zusammenarbeit gewirkt wird. Was Sie mit Ihrer ehrenamtlichen Arbeit alles auf die Beine stellen, ist sehr beeindruckend.

Und ich meine damit auch vor allen Dingen das, was Sie alles neben der Berliner Woche der Brüderlichkeit leisten und was eher nicht im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit stattfindet.

Ich meine also die Vorträge, Seminare, Exkursionen, Führungen und Projekte, mit denen Sie Wissen vermitteln, Impulse setzen und den Menschen den Gedanken eines guten, friedlichen Miteinanders näherbringen. Sie organisieren Konzerte und Gedenktage, beteiligen sich an zahlreichen Kooperationsveranstaltungen und treffen sich darüber hinaus noch zu den ganz normalen Vereinssitzungen.

Sie betreiben darüber hinaus eine eindrucksvolle Bibliothek, in der Sie anderen von Ihnen zusammengetragenes Wissen in Form von Büchern und Archivalien zur Verfügung stellen.

Und Sie tun das ohne Unterbrechung. Auch in der Corona-Pandemie haben Sie den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen, haben Online-Formate eingebunden und arbeiten aktuell an einem Konzept, wie Sie jüngere Menschen zielgerichteter ansprechen können.

Wer Ihre Jahresberichte liest, der bekommt einen Eindruck von der Fülle Ihres Engagements. Und auch davon, mit welchem Herzblut, mit welcher Mühe und Energie Sie sich jeden Tag für den interreligiösen Dialog, für mehr Aufklärung und Wissen, für Empathie und ein friedliches Miteinander starkmachen.

Mein Dank heute kann den Leistungen, die Sie jeden Tag vollbringen, kaum gerecht werden. Und trotzdem möchte ich Ihnen, liebe Frau Botsch-Fitterling, liebe Frau Nachama, lieber Herr Streich, lieber Herr Schürmann, lieber Reinhard Naumann, lieber Herr Brinkhoff und lieber Herr Kopp von Herzen danken, für das, was Sie jeden Tag getan haben und tun.

Und ich weiß, die Liste der Namen müsste noch weit länger sein, denn es gibt noch viele weitere Ehrenamtliche, die sich hier engagieren. Fühlen Sie sich bitte alle von Herzen eingeschlossen.

Sie alle sind Brückenbauer im besten Sinne und für uns Vorbild. Ihre Arbeit hat über Jahrzehnte das Vertrauen aufgebaut, auf dessen Fundament wir uns heute weiter für eine Gesellschaft einsetzen können, die von dem Gedanken der Mitmenschlichkeit, Freiheit und Demokratie getragen ist.

Dafür danke ich Ihnen von Herzen.

Meine Damen und Herren, das Engagement für mehr Brüderlichkeit oder Geschwisterlichkeit hat auch im Jahr der 70. Berliner Woche der Brüderlichkeit nicht an Bedeutung verloren. In Anbetracht des Krieges in der Ukraine und der vielen weiteren schwelenden oder entfachten Konfliktherde auf der ganzen Welt ist es wichtiger denn je.

Wir erleben in diesen Wochen in Berlin, was Mitmenschlichkeit auslösen kann. Berlin ist dank des wochenlangen und unfassbar großen Engagements der Berlinerinnen und Berliner eine Stadt der offenen Arme und Herzen. Wenn das nicht ein großer Hoffnungsstrahl für unsere gemeinsame Zukunft ist.

Haben wir auch weiterhin - wie schon Martin Buber es empfahl - den Mut, uns dem anderen hinzuwenden.

Ich danke Ihnen.